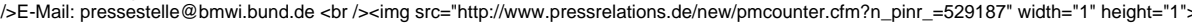




Rösler: Deutschland legt erfolgreiche Bilanz vor - Bundesregierung übermittelt Nationales Reformprogramm 2013 nach Brüssel

Rösler: Deutschland legt erfolgreiche Bilanz vor - Bundesregierung übermittelt Nationales Reformprogramm 2013 nach Brüssel
Die Bundesregierung hat heute das deutsche Nationale Reformprogramm 2013 (NRP) der Europäischen Kommission vorgelegt. In den Nationalen Reformprogrammen stellen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union jährlich ihre wirtschaftspolitische Strategie für Wachstum und Beschäftigung vor.
Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler: "Wir brauchen eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene. Damit gewinnt auch das Nationale Reformprogramm zunehmend an Bedeutung. Das NRP 2013 macht deutlich: Deutschland hat große Fortschritte erzielt. Wir nehmen die europäischen Empfehlungen ernst und halten unsere Verpflichtungen ein. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für mehr Stabilität, Wachstum und Beschäftigung in Europa." Besonders hervorzuheben sind die Erfolge bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. So hat Deutschland das Ziel der Schuldenregel bereits 2012 eingehalten - vier Jahre früher als im Grundgesetz vorgegeben. Bei der Erwerbstätigenquote für 20 bis 64-Jährige liegt Deutschland über der europäischen Zielmarke. Der deutliche Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit trägt darüber hinaus wesentlich zur Bekämpfung der Armut bei. Auch im Finanzsektor, im Energie- und im Bildungsbereich wurden weitreichende Reformen auf den Weg gebracht.
Bundesminister Rösler weiter: "Die Erfolge sind zugleich Bestätigung und Ansporn für weitere Schritte. Die Bundesregierung hat sich deshalb mit dem neuen Aktionsprogramm für den Euro-Plus-Pakt zu weiteren konkreten Vorhaben mit gesamtwirtschaftlichem Gewicht verpflichtet. Dazu gehören unter anderem ein strukturell ausgeglichener Haushalt für 2014, Verbesserungen für den Finanzsektor, eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie die erleichterte Zuwanderung von Fachkräften mit ausländischer Ausbildung."
Das Bundeskabinett hat das NRP 2013, das unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erarbeitet wurde, am 20. März 2013 verabschiedet. Im Anschluss wurde der Bericht Bundestag und Bundesrat zugeleitet.
Das NRP 2013 finden Sie hier.
Für Rückfragen zu Pressemitteilungen, Reden und Statements wenden Sie sich bitte an: Pressestelle des BMWi
Telefon: 03018-615-6121 oder -6131
E-Mail: pressestelle@bmwi.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:
Bundeskartellamt
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Bundesagentur für Außenwirtschaft
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe